

NATIONALISMS ACROSS THE GLOBE

VOL. 6

Turbulentes 1989

Genese der deutschen Einheit

Janusz Sawczuk

Peter Lang

NATIONALISMS ACROSS THE GLOBE

Nach fast vier Jahrzehnten, in denen eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR kein aktuelles Hauptthema war, avancierte es im Herbst 1989 ganz überraschend zu einer Schlüsselfrage europäischer Politik. Der Autor versucht aufzuzeigen, wie der deutsche Einigungsprozess im nationalen und internationalen Rahmen in Gang gesetzt wurde.

Im Mittelpunkt der Studie steht nicht nur eine differenzierte Analyse der inneren und äußeren Bestimmungsfaktoren dieses Prozesses, sondern auch eine systematische Erörterung der Interessen und Perzeptionen der Siegermächte beziehungsweise der östlichen und westlichen Nachbarstaaten Deutschlands. Dabei wird deutlich, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur im Kontext einer schrittweisen Vertiefung und Erweiterung der EU-Integration mit Ansätzen für eine gesamteuropäische Perspektive möglich war.

Dieses Buch ist eine Übersetzung des polnischen Originals „Od status quo do Planu Kohla“ welches 2005 an der Universität Opoln erschienen ist. Übersetzer: Jens Frasek.

Janusz Sawczuk arbeitet als Professor an der Bankhochschule Posen, Aussenfakultät Chorzów (Polen). Von 1996 bis 2009 war er Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen am Politologischen Institut der Universität Opoln. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher, vor allem zur Geschichte Deutschlands. Bis 2009 war er Herausgeber der Zeitschrift *International Affairs Review*.



Turbulentes 1989

NATIONALISMS ACROSS THE GLOBE

VOL. 6

SERIES EDITORS:

Dr Tomasz Kamusella
(Trinity College Dublin, Ireland,
and Cracow University of Economics, Poland)

Dr Krzysztof Jaskułowski
(Warsaw School of Social Sciences and Humanities, Poland)



PETER LANG

Oxford · Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Wien

Janusz Sawczuk

Turbulentes 1989

Genese der deutschen Einheit



PETER LANG

Oxford · Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Wien

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche National-
bibliografie; detailed bibliographic data is available on the Internet at
<http://dnb.d-nb.de>.

A catalogue record for this book is available from the British Library.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data:

Sawczuk, Janusz.

Turbulentes 1989: Genese der deutschen Einheit / Janusz Sawczuk.

p. cm.

Includes bibliographical references and index.

ISBN 978-3-0353-0061-1 (alk. paper)

1. Germany (West)--Politics and government--1982-1990. 2. Germany
(East)--Politics and government--1989-1990. 3. Germany (West)--Foreign
relations--Germany (East) 4. Germany (East)--Foreign relations--Germany
(West) 5. German reunification question (1949-1990) 6.

Germany--History--Unification, 1990. 7. Nineteen eighty-nine, A.D. I.

Title.

DD262.S29 2010

943.087'8--dc22

2010036969

Publikation wurde finanziell durch Selbstverwaltungsamt der Woiwodschaft
Opole/POLEN unterstützt.

Cover image © NASA/Goddard Space Flight Center Scientific Visualization Studio

ISSN 1662-9116

ISBN 978-3-0353-0061-1

© Peter Lang AG, International Academic Publishers, Bern 2011

Hochfeldstrasse 32, CH-3012 Bern, Switzerland

info@peterlang.com, www.peterlang.com, www.peterlang.net

All rights reserved.

All parts of this publication are protected by copyright.

Any utilisation outside the strict limits of the copyright law, without
the permission of the publisher, is forbidden and liable to prosecution.

This applies in particular to reproductions, translations, microfilming,
and storage and processing in electronic retrieval systems.

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	vii
KAPITEL I	
Die Entwicklung des Gedankens zur Wiederherstellung der deutschen Einheit als Reaktion auf Gorbatschows Politik der Glasnost und Perestroika (1987–1988)	I
KAPITEL II	
Der Dialog mit Moskau 1988–1989. Bemühungen um eine Änderung der Einstellung des Kreml gegenüber der Frage nach einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands	35
KAPITEL III	
Bonn und die wachsende innenpolitische Krise in der DDR (erste Jahreshälfte 1989)	95
KAPITEL IV	
Bonn und der beschleunigte Reformprozess in Mitteleuropa sowie seine Auswirkungen auf eine verbesserte Chance zur Lösung der „Deutschen Frage“ (Juni bis September 1989)	137
KAPITEL V	
Das Kanzleramt und die in der DDR einsetzenden Wandlungsprozesse (Oktober–November 1989)	207
KAPITEL VI	
Bonn und die „Vertragsgemeinschaft“. Zur Genese des Kohl-Plans	261

Anstelle eines Schlusswortes	297
Nachwort	299
Bibliographie	303
Index	309

Einleitung

Das unerwartete und in der Tat völlig überraschende Ergebnis der Bemühungen um eine Lösung der deutschen Frage eben in der Gestalt der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 zählt zweifelsohne, und dies trotz des mittlerweile vor 20 Jahren eingeleiteten Vereinigungsprozesses, zu den Schlüsselproblemen der Geschichte und der Politologie, das in seiner Dynamik wie insbesondere Dramatik noch immer in Erstaunen versetzt. Jene Mächte, die im Jahre 1945 gemeinsam die Nachkriegsordnung in Europa diktierten, waren ebenso schnell zerstritten wie sie den Gedanken um den Erhalt Deutschlands als politischer, wirtschaftlicher und sozialer Einheit verwarfen, obwohl sie gerade dazu das Potsdamer Abkommen verpflichtete. Eilends stellte man nach 1949 ebenso jegliche Bemühungen ein, die beiden neu entstandenen deutschen Staaten hin zu einem irgendwie gestalteten gemeinsamen Schicksal zu führen. Zumindest ab dem Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre verfolgte das geteilte Deutschland in politischer Hinsicht zweierlei Richtungen, die gegensätzlicher nicht hätten sein können. Beide deutsche Staaten wuchsen mittlerweile in ihre jeweiligen Rollen in den beiden sich politisch, ideologisch wie militärisch gegenüberstehenden Blöcken hinein und befanden sich somit auf dem Wege, sowohl dauerhaft voneinander getrennt zu sein als auch ihre jeweilige Existenz immer stärker zu festigen, wobei die Hoffnung auf eine jedwede Form der Einheit zwischen ihnen dabei stetig abnahm. Mehr noch wuchsen mit einem sich immer stärker herauskristallisierendem Antagonismus zwischen Ost und West die Spannungen auch zwischen ihnen. Ein jeder dieser beiden Staaten erachtete sich für die jeweils bessere Erscheinungsform deutschen Geistes und deutscher Geschichte: die Bundesrepublik als dem einzigen Teil Deutschlands, in dem das hohe, historisch gewonnene Gut der Demokratie herrscht sowie demnach einzig dazu berechtigt, die Herbeiführung der Einheit zu verkünden,

und die DDR wiederum als die Krönung der ebenso historisch gefestigten Bemühungen der Arbeiterbewegung zur Errichtung eines Staates der „sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts“, betrachtet als Musterlösung für eine eventuelle allgermanische Konstruktion unter der Führung der Sowjetunion. Der zwischen Kapitalismus und Kommunismus über vier Jahrzehnte der Nachkriegszeit hinweg geführte, sowohl Europa als auch die gesamte Welt umfassende Systemstreit gestaltete von vornherein eine Lösung dieser „deutschen Frage“ unmöglich. Trotz jener Epoche des politischen Tauwetters zwischen den Blöcken, insbesondere in ihrer zweiten Phase nach dem Jahre 1985, als zahlreiche Erfolge in der Abrüstungspolitik verzeichnet werden konnten und sich der Dialog zwischen europäischen Staaten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung dynamisch entwickelte, so konnte sich doch noch zum Ende der 80er Jahre kaum jemand ein wiedervereinigtes Deutschland auch nur vorstellen. Würden, und dies noch im Jahre 1989, Szenarien oder Vorstellungen hierzu entwickelt, so standen diese stets im Zusammenhang mit einem Abschluss der Integrationsprozesse in Europa, deren Andauern mithin in Jahrzehnten und Generationen gedacht wurde. Die Logik dieses Prozesses legte jedoch eher noch nahe einen Weg einzuschlagen, der sich an den Grundsätzen der Zusammenarbeit und der Annäherung der europäischen Staaten, d. h. gleichsam der beiden deutschen Staaten, ausrichtete, berücksichtigte jedoch keineswegs die seitens der Bundesrepublik vorgestellten Bemühungen zur Findung auch nur irgendeiner Form der Gemeinschaft Deutschlands.

Insoweit trafen die Ereignisse im Jahre 1989 sowie ihre dynamische Entwicklung hinsichtlich einer Lösung der deutschen Frage die Öffentlichkeit vollends überraschend. Nunmehr brach ganz plötzlich, im Zuge des Prozesses der inneren Reformen und der Umgestaltung des Systems der Kommunismus unerwartet zusammen, zunächst in Polen und dann in Ungarn, womit sich auch in der DDR der Weg hin zu Reformen im Geiste der Freiheit und der Demokratie eröffnete, Prozesse, die nun auch neue ostdeutsche Konzeptionen im Rahmen der Selbstbestimmung und einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten entstehen ließen. Jene sich überstürzenden Entwicklungen im Prozess der demokratischen Revolution zwischen Oder und Elbe eröffneten in Verbindung mit

der Staatskrise der DDR im darauf folgenden Jahr 1990 und dem langsamen Niedergang der UdSSR in ihrer bisherigen Gestalt den Weg zunächst hin zu jenem Konzept konföderativer Strukturen zwischen den beiden deutschen Staaten, und nur wenig später zur blitzartig vollendeten staatlichen Einheit Deutschlands, die dank des Wohlwollens der Siegermächte und der in Mitteleuropa neu entstehenden Demokratien, vor allem aber dank der mutigen und weisen Politik der Bundesrepublik, und insbesondere ihres damaligen Kanzlers Helmut Kohl, herbeigeführt werden konnte. Er vermochte es, eine bis in das kleinste Detail miteinander verzahnte einheitliche Konzeption eines politischen Handelns außerordentlich wirkungsvoll umzusetzen, die einerseits die nationalen Bestrebungen der Deutschen in den Prozess der Öffnung der Europäischen Gemeinschaft hin zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der verstärkten Integration der sozialistischen Reformstaaten in ihre Strukturen, und andererseits die defensive Haltung der Kommunisten, die allmählich auf ihren unmittelbaren und übermächtigen Einfluss auf die Machtgestaltung und -ausübung in Mitteleuropa verzichteten, in Verbindung mit der wachsenden Bereitschaft der USA zur Ausdehnung ihres politischen Einflussgebietes von West- hin nach Mitteleuropa gekonnt miteinander verband.

Die wissenschaftliche Erforschung dieses Vereinigungsprozesses wurde gleich zu Beginn dieses unerwarteten Ereignisses aufgenommen. Dieser vielschichtige, komplexe und zuweilen komplizierte Prozess weckte von Anfang an ein reges Interesse unter Wissenschaftlichern aus nahezu der ganzen Welt. Die größten Erfolge darf hierbei die deutsche Forschung verzeichnen. Zu den Schlüsselthemen der deutschen Geschichts- und Politikwissenschaft zählten die Frage nach dem Verlust der Einheit, das Problem der Teilung, die Perspektiven ihrer Überwindung sowie Strategien und Taktiken der bundesdeutschen Politik zur Sicherstellung ihres politischen Vorsprungs und ihrer Rechtspositionen in den sich im Laufe von vier Nachkriegsjahrzehnten stetig ändernden Bedingungen der internationalen Politik. Die Problemstellung wurde fortwährend beobachtet, es erschienen jeweils dem aktuellen Forschungsstand entsprechend Reihen mit Quellmaterialien, die auch die kleinsten Aspekte der deutschen Frage

dokumentierten und kommentierten.¹ Die Einheit selbst, sowohl in Gestalt der postulierten Zielsetzung, als auch in Form des so plötzlich zu seinem Ende geführten Prozesses, rief noch fast am gleichen Tag der Unterzeichnung des Einheitsvertrags, aber natürlich auch später eine wahre Lawine von Veröffentlichungen hervor, die sich einer Untersuchung der Mechanismen jenes unerwarteten, zur deutschen Einheit führenden Wettstreites und

- 1 Zu den größten und aufgrund ihres Umfangs beeindruckendsten zählen die unter Leitung des Bonner Innenministeriums erarbeiteten *Dokumente zur Deutschlandpolitik* zu den Jahren 1939–1968 mit einem Gesamtumfang von 25 Bänden sowie die Reihe *Texte zur Deutschlandpolitik* für den Zeitraum vom 13. Dezember 1966 bis zum 31. Dezember 1986 mit einem Umfang von 24 Bänden. Sie enthalten einen Großteil der zu den verschiedensten Themenstellungen der Deutschlandpolitik gehaltenen Reden, Ansprachen und Vorlesungen, vorgetragenen Erklärungen, geschlossenen Vereinbarungen und Verträge, verfassten Briefe und erschienen Artikel sowie Interviews. Jeweils aktuell erschienen Untersuchungen zur deutschen Frage in zahlreichen wissenschaftlichen Zeitschriften, die sich den Entwicklungen der Deutschlandpolitik sowohl im innerdeutschen (bspw. *Deutschland-Archiv*) als auch im internationalen Kontext (bspw. *Europa-Archiv*) widmeten. Zu einzelnen Problemstellungen in diesem Umfeld erschienen ebenso Dokumentationsreihen von Nichtregierungsorganisationen, wie bspw. des Bundes der Vertriebenen (vgl. hierzu z. B. für die Jahre 1986–1987 und 1990–1991 die *Materialien zu Deutschlandfragen*). Zu den wichtigen Quellensammlungen gehören auch: Bahrman, Hannes / Links, Christoph: *Chronik der Wende*. Berlin : Links. Bd. 1: *Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, 1994, 205 S. Bd. 2: *Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, 1995, 360 S.; *Die deutsche Vereinigung: Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt* / Hrsg. von Volker Gransow und Konrad H. Jarausch, Köln 1991.; *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands : Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die CSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990* / Hrsg. von Ingo von Münch. Unter Mitarb. und mit einer Einführung von Günter Hoog. Stuttgart 1991, 414 S.; *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) : neun Bände in 18 Teilbänden / Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden, Frankfurt am Main 1995 ; *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ im Deutschen Bundestag* : (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) / Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden/Frankfurt am Main 1999.

seiner auf internationaler Ebene herrschenden Bedingungen widmeten.² Dabei wurde nicht nur der Schauplatz der Ereignisse selbst untersucht, sondern man versuchte gleichermaßen hinter die Kulissen des politischen Geschehens zu blicken.³ Vieles beleuchteten ebenso die an den Ereignissen beteiligten wichtigsten *dramatis personae* in ihren zeitnah veröffentlichten Erinnerungen.⁴ Schrittweise wurden darüber hinaus vertrauenswürdigen Forschern neue Dokumente vorgelegt, die ihnen die – häufig über einen langen Zeitraum hinweg geheim gehaltenen – Aktenbestände der wichtigsten Behörden offen legten. Man ging von den bisherigen Einzeluntersuchungen dazu über, umfangreiche monographische und um eine Synthese der Ereignisse und ihrer Hintergründe bemühte Arbeiten in Anlehnung an die Ergebnisse breit angelegter und über eine entsprechende finanzielle Basis verfügender Untersuchungen zu verfassen.⁵ Geradezu monumental

- 2 Die von zwei Leipziger Politologen erstellte Bibliographie der im Jahrzehnt zwischen 1990 und dem Jahr 2000 erschienen Schriften führt über 30.000 unterschiedlichste Publikationen, darunter allein über 5.000 Monographien und Sammelbände auf, vgl.: Hendrik Berth, Elmar Brähler, *Zehn Jahre Deutsche Einheit Die Bibliographie*, Berlin 2000, 275 Seiten.
- 3 Hier erwiesen sich die in der westdeutschen Presse unmittelbar nach dem Abschluss des Vereinigungsprozesses erschienen Artikel als besonders wertvoll, vgl. bspw. die Wochenzeitschrift *Der Spiegel*.
- 4 Im Jahre 1990 und den folgenden Jahren meldeten sich fast alle politischen Hauptakteure mit ihren Erinnerungen und Kommentaren zum Vereinigungsprozess zu Wort: E. Krenz (1990), Horst Teltschik (1991), H. Modrow (1991, 1998), W. Schäuble (1991), M. Gorbatschow (1993, 1995), M. Thatcher (1993), J. A. Backer III. (1995), H. D. Genscher (1995), J. Attali (1995), H. Kohl (1996) sowie R. v. Weizsäcker (1997), wie ebenso zahlreiche Politiker „aus der zweiten Reihe“, Übersetzer und Dolmetscher, Berater, usw.
- 5 Vgl. hierzu bspw. die hervorragende, in Anlehnung an die Beobachtungen und Analysen zweier Mitarbeiter des US-Außenministeriums entstandene Studie aus der Feder von Philip Zelikow und Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft*, Cambridge, London 1995, die zusätzlich die von der damaligen US-Administration erstellte umfangreiche Dokumentation nutzte sowie um ausführliche Interviews mit über 150 unmittelbar am Vereinigungsprozess beteiligten Politikern aus den wichtigsten Zentren in der gesamten Welt bereichert wurde, sowie ebenso die deutsche Studie zur diesbezüglich von der Sowjetunion

waren hingegen die in Deutschland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erschienenen Bände zur großen Geschichte der Wiedervereinigung, die ein umfangreiches Quellenmaterial nutzen und u.a. von den Akteuren dieses Prozesses selbst verfasst wurden.⁶

Notgedrungen blieb jedoch den Publizisten und Journalisten sowie den Autoren wissenschaftlicher Arbeiten der Zugang zu den in den Archiven aufbewahrten Quellen verwehrt, die zwecks einer umfassenden Analyse jener Aspekte der Entwicklungen dieses Prozesses von so herausragender Bedeutung sind, d. h. vor allem die Dokumentationen der westdeutschen und später ebenso der ostdeutschen Planungsstäbe.

Daher zählt in zahlreichen, unter Nutzung des Quellenmaterials entstandenen Publikationen über die deutsche Frage die im Jahre 1998 herausgegebene Reihe *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (unter besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichsten Aspekte eben des Vereinigungsprozesses) zu den besonders wertvollen Veröffentlichungen. Damit erschien nämlich sieben Jahre nachdem dieser Prozess zu einem Abschluss gebracht werden konnte erstmalig eine Sammlung von Quellenmaterialien, die für gewöhnlich über Jahrzehnte hinweg verschlossen waren, Dokumente, die im Planungs- und operationellen Zentrum der Vereinigungspolitik, d. h. im Bundeskanzleramt, verfasst wurden.⁷ Dieser Band mit eben jenen wichtigen Quellenmaterialien enthält nahezu 500 Schlüsseldokumente und bildet auch noch heute trotz der seitdem verstrichenen Zeit für an der Geschichte Deutschlands in den Wendejahren 1989–1990 interessierte Historiker und Politologen noch immer etwas Außergewöhnliches und

geführten Politik (Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn, München, Zürich: Schöningh 1997).

- 6 Vgl. bspw. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (Geschichte der deutschen Einheit in vier Bänden, Band 1), Stuttgart 1998, 720 Seiten, oder auch Werner Weidenfeld (mit Peter M. Wagner und Elke Bruck), *Außenpolitik für deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/1990* (Geschichte der deutschen Einheit in vier Bänden, Band 4), Stuttgart 1998, 952 S.
- 7 *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989–1990*. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998. 1669 S.

Einzigartiges und stellt damit eine Dokumentation dar, die unverzüglich stärker in die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten einbezogen werden sollte. Dieser Aufgabe hat man sich bislang noch nicht angenommen, weshalb die vorliegende Arbeit die Lücken zu schließen beabsichtigt.

Der Autor widmet sich demnach der Aufgabenstellung, auf der Grundlage eben dieser Dokumentensammlung die politischen Handlungen Bonns nachzuvollziehen, die eine Art politischer Offensive in den bilateralen, aber auch in den multilateralen Beziehungen zu den Partnern Bonns darstellte und ungewöhnlich wirkungsvoll und konsequent umgesetzt wurde, um damit die Prozesse der Kooperation und der Annäherung zwischen Ost und West sowie gleichermaßen die immer stärker zum Vorschein tretenden Tendenzen hin zu umfassenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungen in der UdSSR und den immer schwächer werdenden sozialistischen Systemen bzw. Staaten in Mitteleuropa gekonnt zu nutzen. Hiermit sollte wiederum die Aufnahme von Wandlungsprozessen auch in der DDR einher gehen, um dort bei den deutschen Brüdern und Schwestern den „Geist der Einheit“ zu wecken und in dieser Konsequenz die Partner und Verbündeten der Bundesrepublik und die internationale Öffentlichkeit dazu anzuhalten, diese Bemühungen aller Deutscher, und nicht einzig der Deutschen aus der BRD, zur Wiederherstellung der Einheit des Landes zu akzeptieren.

Ein wesentlicher Strang, dem vorliegende Arbeit nachgeht, betrifft somit die im Verlaufe des gesamten Jahres 1989 verlaufenden Prozesse, der wiederum auf den erwähnten Quellenmaterialien aus dem Zeitraum zwischen Juni und Ende November eben dieses Jahres aufbaut. Eine Zäsur, so vorliegende Studie, bildet dabei der von Helmut Kohl vorgelegte 10-Punkte-Plan als erstem Schritt hin zu den späteren Maßnahmen, die zur Einheit führen sollten.

Um den Leser besser in die Prozesse und Ereignisse dieser Zeit einführen zu können, bemüht sich vorliegende Arbeit gleichzeitig darum, die bundesdeutsche Politik und Phraseologie in den Bestrebungen Bonns zur Belebung des Gedankens an ein wiedervereinigtes Deutschland im Kontext der internationalen Beziehungen der Bundesrepublik als Hintergrund darzustellen. Dies betrifft gleichermaßen die effektive Nutzung der Änderungen im internationalen Klima – eingeleitet im Jahre 1987 mit dem in

Washington geschlossenen Abkommen zum vollständigen Abbau der beiderseitigen landgestützten Mittelstreckenraketen und dem spektakulären Staatsbesuch Honeckers in Bonn –, um damit wiederum die Wiedervereinigung als Forderung aufstellen zu können.

Die vorliegende Arbeit verfolgt jedoch nicht die Zielsetzung, eine Form der Synthese zu leisten, sie stellt einzig einen bescheidenen Versuch dar, in Anlehnung an ein außergewöhnlich wertvolles Quellenmaterial diese Ereignisse zu beleuchten, ohne dabei jedoch in dieser Phase der Untersuchungen den allgemeinen Kontext der vorliegenden Fachliteratur zu berücksichtigen. Hierbei ging es vorrangig darum, mittels der im Kanzleramt verfassten Dokumente die Rolle der Bundesrepublik in der Herausbildung internationaler Beziehungen in Europa in diesem besonderen Augenblick aufzuzeigen, in dem sich ein nur schwer fassbarer Übergang von einem Zustand der Ruhe und Bewegungslosigkeit, ja sogar der politischen Ohnmacht mit Blick auf die Problemstellungen der deutschen Frage bis hin zur Eröffnung neuer, sich dynamisch entwickelnder Möglichkeiten der Aufnahme von Prozessen zugunsten einer praktischen Umsetzung eben dieser deutschen Frage vollzog. Der Autor betrachtet die vorliegende Arbeit als einen der vielen Schritte auf dem langen Weg der in Polen entstandenen detaillierten Studien zum Prozess der Wiedervereinigung, der selbstverständlich aus polnischer Perspektive und durch das Prisma polnischer Staatsinteressen gesehen wird.

Die Entwicklung des Gedankens zur Wiederherstellung der deutschen Einheit als Reaktion auf Gorbatschows Politik der Glasnost und Perestroika (1987–1988)

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeichneten sich für die westdeutsche Deutschlandpolitik neue Perspektiven ab, die eine Lösung der „Deutschen Frage“ in Aussicht stellten. Dies bedeutete zwar keineswegs, dass die Weltmächte nun das Thema einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf die tagespolitische Agenda gesetzt hätten, es wurde jedoch als solches in den globalen politischen Diskurs eingebracht, wobei sich im damaligen Ostblock ein neuer, dauerhafter Prozess der kritischen Neubewertung hinsichtlich der Funktionalität des gesamten Systems anbahnte und immer stärker vertiefte. Der in der UdSSR entstandene, neue Reformdruck, wie ebenso der stetig wachsende Einfluss oppositioneller Gruppierungen in den Ostblockstaaten, die eine neue Sichtweise auf die Innenpolitik der kommunistischen Staaten und ihre Interessen auf internationaler Ebene implizierten, sind gleichzeitig eindeutige Zeichen einer tiefen Krise des kommunistischen Modells in seiner bisherigen Ausformung. Die gesellschaftlich-politischen Systemumbrüche in Mitteleuropa, insbesondere in der UdSSR sowie potentiell ebenso in der DDR, konnten in der Bundesrepublik die Hoffnung aufkeimen lassen, dass sich sowohl innerhalb der sozialistischen Blockstaaten wie auch in den internationalen Beziehungen eine Kräfteverteilung herausbildete, die „Bewegung“ in das Thema einer Wiedervereinigung brachte. Dies waren keineswegs unbegründete Hoffnungen und Erwartungen, da sich einerseits die Opposition in den sozialistischen Ländern nicht zurückhielt eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu thematisieren, und andererseits „das neue Denken“

Gorbatschows die Hoffnung auf „frische Akzente“ in dieser Angelegenheit gaben. Die Erwartung, dass sich das bis zu diesem Zeitpunkt jeglichen Reformen verschlossen gegenüberstehende kommunistische System nun öffnet und damit, sogar von sich aus, neue Möglichkeiten im Zusammenhang mit der „Deutschen Frage“ bildet, dies war das charakteristische Kennzeichen der politischen Aktivitäten der Bundesrepublik und ihrer Eliten zu Beginn der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

Die bundesrepublikanische Politik richtete sich zum damaligen Zeitpunkt im wachsenden Maße auf die Lösung der folgenden Problemstellung aus: wie ist auf die seitens der UdSSR initiierten Umwälzungen zu reagieren und wie kann man sie nutzen, um die eigenen Bestrebungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in die Tat umzusetzen? Die damit verbundene Problematik bestand darin, inwieweit die Bundesrepublik die Politik der Perestroika unterstützen sollte, auch in dem Bewusstsein, dass dieses Vorgehen das sozialistische System, in dessen Zentrum die UdSSR stand, stärkte, und in dessen Konsequenz sich seine Chancen innerhalb der Rivalität der beiden Blöcke erhöhen, sich gleichzeitig jedoch nicht näher bestimmbare Perspektiven eröffnen würden und Hoffnungen in Hinsicht auf die deutsche Einheit aufkommen lassen. Oder sollte sich die Bundesrepublik ganz im Gegenteil von diesen Entwicklungen distanzieren, den Umwälzungen zurückhaltend gegenüber stehen, damit die Bereitschaft zur Aufrechterhaltung der konfrontativen Haltungen wahren, aber sich dabei ebenso vollständig darüber bewusst zu sein, dass dies einen klaren negativen Einfluss auf die Frage nach der deutschen Einheit hat. Eine Lösung dieses Dilemmas war für die Bundesrepublik von enormer Bedeutung, weit wichtiger als für das gesamte Lager der dem Ostblock gegenüberstehenden Staaten. Sie nämlich konnten unter den Bedingungen jener Konfrontationen leben, ohne dabei die eigene Identität und nationale Interessen preiszugeben. Unter den Staaten des „Westblocks“ konnte einzig die Bundesrepublik in Hinsicht auf die Auswirkungen einer konfrontativen Politik der beiden Systeme deutlich an Boden verlieren, da eben diese Konfrontation auch weiterhin Barrieren errichtete, die die Findung eines Modells zur Lösung der deutschen Frage verhinderte.

1. Vom „Ausdruck der Hoffnung“ hin zu „unverrückbaren Forderungen“

Das von der Sowjetunion angekündigte „neue Denken“ in den internationalen Beziehungen wurde von der Bundesrepublik außerordentlich ernst genommen. Kohl sprach davon „Gorbatschow beim Wort zu nehmen“ sowie die Chancen für eine vertiefte Verständigung, die Zusammenarbeit und dem Erzielen konkreter Ergebnisse in den Bereichen der Abrüstung und der Waffenkontrolle unbedingt zu nutzen.¹ Die Beziehungen zur UdSSR waren für Kohl „von zentraler Bedeutung“, man wollte sie „stärken“, „vertiefen“, „die Verständigung zwischen Ost und West unterstützen“ und „den Frieden in Europa stärken“. Diese allgemeinen Formulierungen setzte die Bundesrepublik in die mehr oder minder geheimnisvollen Leitsätze „Intensivierung des politischen Dialogs“ sowie eine langfristige, gemeinsam vorteilhafte und „ausgeglichene“ wirtschaftliche Zusammenarbeit um, wobei sie „neue Kooperationsformen“ in Aussicht stellte.² Wie zu bemerken waren dies also positive Reaktionen, obgleich sie außergewöhnlich vorsichtigen Charakter trugen und stets im Rahmen einer gemeinsamen Position des Westens gehalten wurden, im Einklang mit sowie unter Absicherung der gemeinsam von den westlichen Staaten vereinbarten Standpunkte: auch weiterhin ging man bspw. davon aus, dass die Ebene des Dialogs strikt auf bislang genutzte Foren wie z. B. die KSZE oder eine nicht näher spezifizierte „Ost–West-Konferenz“ usw. beschränkt bleiben sollten. Das Wesentlichste in den Reaktionen der Bundesrepublik besteht jedoch darin, dass man einen Ausweg aus der Stagnation in den Ost–West-Beziehungen und die Eröffnung neuer Perspektiven bemerkte.³ Die bundesdeutsche

1 Helmut Kohl, Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag in der 4. Sitzung am 18. März 1987 (Auszug). In: *Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung, 1986/87*, Bonn 1988, S. 19.

2 Ebenda, S. 20.

3 Vgl. die Feststellung: „Das West–Ost-Verhältnis ist in Bewegung geraten“. Ebenda, S. 19.

Regierung wagte es jedoch noch nicht, auf ihnen beruhend jegliche neue Ausrichtungen ihrer Deutschlandpolitik zu entwickeln. Eher noch wurden zahlreiche Bewertungen, Anhaltspunkte und Postulate formuliert, die teilweise bereits früher bekannt waren und vom jeweiligen politischen Kanon abhängig waren, als gänzlich neue hervorzubringen. Die Aufgabe der deutschen Politik bestand zu diesem Zeitpunkt demnach darin, „die Menschen einander näher zu bringen“, da sie „zueinander gehören“, das Bewusstsein der Einheit des Volkes aufrechtzuerhalten, den Willen zu einer deutschen Einheit zu bekunden sowie, dass in einer nicht näher bestimmten Zukunft („eines Tages“) alle Deutschen wieder frei und vereint im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sein werden.⁴ Diese deutsche Zielsetzung wurde dabei nicht isoliert vom allgemeinen Kontext der Ost–West-Beziehungen betrachtet. Man wollte sie darüber hinaus explizit einzig in eben der Verbindung dieser beiden Faktoren erreichen und lehnte ausdrücklich jegliche „Illusionen“ ab, die Lösungen unabhängiger Natur, im Rahmen eines deutschen Sonderwegs, anstrebten. Diese Bestrebungen hin zu einer zukünftigen deutschen Einheit wurden diesbezüglich in einer außergewöhnlich reichhaltigen Formulierung festgeschrieben: „Wir werden uns nichts abhandeln lassen, was [...] unser Ziel gefährdet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“⁵ Die politischen Begriffsfindungen und Redewendungen, die die deutschen Bestrebungen der Wiederherstellung der deutschen Einheit in der Sprache Kohls (zum Stand vom März 1987) wiedergeben, bildeten dabei jedoch nur eine Wiederholung früherer Festlegungen, die erstmalig bereits mit der Regierungsübernahme der CDU im Jahre 1983 geäußert wurden und in einem erheblichen Maße auf der bereits von den diesbezüglich seitens der sozial-liberalen Vorgängerregierung erarbeiteten Doktrin beruhten.

4 „Wir wollen, dass alle Deutschen eines Tages wieder durch gemeinsame Freiheit in einer europäischen Friedensordnung vereint sind“. Helmut Kohl, *Regierungserklärung...*, S. 14.

5 Ebenda, S. 17.

Umformulierungen oder auch neue Akzente im „Vereinigungsgedanken“ der Bundesrepublik zeichneten sich erst im weiteren Verlauf des Jahres 1987 ab und widerspiegelten die sich nahezu überschlagenden Ereignisse sowohl auf internationaler Bühne wie auch innerhalb der deutsch-deutschen Beziehungen. Sie fanden ihren Ausdruck in zahlreichen Äußerungen bundesdeutscher Politiker aus Anlass offizieller zwischenstaatlicher Kontakte sowie in den Auftritten vor internationalem Publikum. Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker unterstrich während seines offiziellen Besuchs in Moskau im Juni 1987 gegenüber Gorbatschow, dass trotz der Teilung Deutschlands die Deutschen nicht aufgehört haben und nicht aufhören werden, sich als ein Volk zu fühlen, und dass sich eine deutsche Einheit nur in Freiheit „erfüllen soll und muss“. Die vorrangige Aufgabe bestand jedoch darin, Entspannungspolitik zu betreiben, den Grenzen ihren trennenden Charakter zu nehmen sowie nach Selbstbestimmung unter Achtung sicherer Grenzen und stabiler politischer Verhältnisse in Europa zu streben.⁶

Nach dem Treffen Honeckers mit Kohl im September 1987 gewann Bonn ein zusätzliches Argument innerhalb seiner Politik der Intensivierung

6 Vgl. *Bulletin (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)* (im Weiteren: *Bulletin*), Nr. 73 vom 15.06.1987, S. 627f. Richard von Weizsäcker stellte fest: „Das deutsche Volk hat, wie andere Völker auch, das Gefühl seiner historischen Wurzeln lebendig behalten. Es missachtet sie nicht. Es weiß sehr wohl, wie es zur Teilung Europas, Deutschlands und Berlin gekommen ist. Aber die Deutschen, die heute und in Ost und West getrennt leben, haben nicht aufgehört und werden nicht aufhören, sich als eine Nation zu fühlen. Damit wenden wir uns gegen niemanden. Im Gegenteil: Es ist gerade die Teilung und ihre Auswirkung auf die Menschen, die uns in ganz besonderem Maß des Friedens bedürftig macht. Je besser das Klima in ganz Europa, desto besser für uns Deutsche. In diesem Sinne setzen wir uns zwischen den beiden deutschen Staaten vorrangig für die Entspannung ein. Was uns Deutsche in Ost und West verbindet, ist eine Gemeinschaft nicht nur der Verantwortung, sondern auch des menschlichen Empfindens. Wir werden bestehende Grenzen nicht verletzen. Es geht darum, ihnen den trennenden und unmenschlichen Charakter zu nehmen. Es geht um eine Humanität und Selbstbestimmung, die das ebenso legitime Streben aller Länder nach sicheren Grenzen und stabilen politischen Verhältnissen in Europa achtet. Die Einheit der Nation *soll und muss* [Hervorhebung, J. S.] sich in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen“.

des Dialogs zwischen den beiden Staaten hinzu, das es sich nunmehr in den Kontakten mit seinen westlichen Verbündeten wie auch mit der Sowjetunion frei bedienen konnte. Einerseits war die Einladung an Honecker ein „normaler“ Akt der bundesrepublikanischen Entspannungspolitik gegenüber der DDR, eine Geste der Annäherung und Verantwortung für den Frieden in Europa, andererseits jedoch war sie für einen externen Beobachter zweifelsohne Beweis genug, dass sich nun die Kontakte zwischen den beiden Staaten erheblich vertiefen und der Annäherungsprozess allmählich Form annimmt. Diesen wiederum können sowohl die westlichen Verbündeten wie auch die Sowjetunion nicht in vollem Maße kontrollieren,⁷ insbesondere, wenn vom Tempo und vom Umfang unterschiedlichster innerdeutscher Absprachen die Rede ist. Umso mehr, als dass der Besuch selbst, seine ausgezeichnete Atmosphäre sowie das „Erlangen einer neuen Qualität“ in den Beziehungen zur DDR den Eindruck erwecken konnte, dass die Bundesrepublik einen neuen, eigenen Weg in ihren Beziehungen zur DDR, und zwar einen „Sonderweg“ im Aufbau der Einheit, über „Abkürzungen“ in der „Deutschen Frage“ ohne Rücksicht auf die Verbündeten, eingeschlagen hätte. Eines solchen Eindrucks wollte sich die Bundesrepublik jedoch um jeden Preis erwehren und gab unaufhörlich ihrer Überzeugung Ausdruck, dass sie eine Wiederherstellung der deutschen Einheit ausschließlich mit dem Einverständnis der westlichen Verbündeten und in enger Zusammenarbeit mit ihnen anstrebe.

Dies wurde besonders deutlich unterstrichen, insbesondere gegenüber den USA, wenn alle Bemühungen daran gesetzt wurden, die neuen Akzente der Politik gegenüber der DDR verständlich zu machen und Missverständnisse aufzuklären. Ende September 1987 hielt die damalige Ministerin für innerdeutsche Angelegenheiten, Dorothee Wilms, eine Vorlesung an der

7 Ein Hinweis darauf, dass die Partner der beiden deutschen Staaten tatsächlich den Prozess der deutsch-deutschen Annäherung sowie den Inhalt des Dialogs zwischen ihnen nicht in vollem Umfang kontrollieren konnten, war, dass Bonn und Ost-Berlin geheime Kontakte zwischen den engsten Führungsspitzen beider Länder pflegten. Vgl. dazu die Erinnerungen Alexander Schalck-Golodkowskis, *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Reinbeck bei Hamburg, 2000, u.a. informeller Unterhändler für die DDR in Wirtschafts- und Devisenangelegenheiten.

Arizona State University in Phoenix, die, wie man meinen mag, in geringerem Maße an die Studenten, sondern vielmehr an das Außenministerium der USA gerichtet schien und in dem sie ein vollständiges und sehr detailliertes Bild des bundesdeutschen „Vereinigungsgedankens“ darlegte und dabei bereits die neuen Bestrebungen und Hoffnungen im Kontext der Haltungen gegenüber der Politik der Perestrojka und der Annäherung an die DDR berücksichtigte.⁸

Obwohl Wilms kategorisch die Möglichkeit einer Vereinigung mittels eines „individuellen“ Sonderwegs ausschloss, verwendete sie jedoch erstmalig eine neue Formulierung. Insoweit man sich bislang auf die Formel einigte, dass die Vereinigung „eines Tages“, in einer nicht näher bestimmten Zukunft erfolge, so unterstrich man nun gegenüber den USA die Bedeutung des Faktors Zeit. Wilms sprach von den Vorteilen eines individuell gewählten Weges; dieser wäre imstande, ein schnelles Ergebnis in einem Vereinigungsprozess zu gewährleisten. Ihrer Ansicht nach stellte er jedoch eine gefährliche Option dar, da dieser „Sonderweg“ im Falle eines Scheiterns „über Generationen hinweg“ jegliche Aussichten auf eine deutsche Einheit zerschlagen sein würden. Mit anderen Worten signalisierte die Bundesrepublik den USA jedoch auch eine gewisse Ungeduld und mittelbar auch die Erwartungshaltung, dass die entgeltige Umsetzung eines anzustrebenden Vereinigungsprozesses mittels der Errichtung einer

8 Vgl. die folgenden Aussagen: „Wir sind uns bewusst, dass das deutsche Schicksal untrennbar eingebunden ist in das gesamte Ost–West-Verhältnis. Unser nationales Problem kann nicht unabhängig vom Ost–West-Konflikt gelöst werden. Aus diesem Grund hat Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. März dieses Jahres bekräftigt: ‚Es gibt keinen deutschen Sonderweg! Ich möchte dies hier heute gerade auch nach dem Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland bekräftigen‘. [...] Ich lege auf die Feststellung der Einbindung der deutschen Frage in eine europäische Friedensordnung Wert, denn damit ist gemeint: eine Sonderlösung für Deutschland quasi im Alleingang, vielleicht über ein deutsch-sowjetisches Arrangement – im Unterschied zu einer Lösung im europäischen Rahmen, lehnen wir ab.“ *Bulletin* Nr. 93 vom 25.09.1987, S. 797–801, nach: *Materialien zu Deutschlandfragen...*, S. 99–100.

Friedensordnung in Europa nicht ewig andauern sollte.⁹ Bei all ihren Erwartungen erkannte die Bundesrepublik die faktischen Umstände an und war sich darüber im Klaren, dass der Ausgangspunkt, der eine operationelle Phase in der Lösung der deutschen Frage in Gang setzen würde, auf der Seite der Verbündeten liegt und dies von ihnen „Umsicht“, „Präzision“ und „Redlichkeit“ erfordert. Ende September 1987 gab die Bundesregierung den amerikanischen Freunden ein unmissverständliches Signal, dass sie nicht auf ihr nationales Interesse verzichtet.

Das Grundproblem, welches sich im Zuge des Strebens nach der Aufhebung der deutschen Teilung herauskristallisierte, bestand jedoch darin, den Ost–West-Konflikt zu beenden. Jener war es schließlich, demzufolge es gemäß der Beurteilung der Bundesrepublik zur Teilung gekommen ist, nicht umgekehrt. Die Hauptaufgabe war demnach, durch die westliche Staatengemeinschaft und ihre Verbündeten Einfluss auf die UdSSR zu nehmen, damit sie ihre auf das bisherige Kräfteverhältnis gestützten Interessen in einer anderen Art und Weise wahrnimmt.¹⁰ Wilms argumentierte diesbezüglich folgendermaßen: wenn man seitens Deutschland schon

- 9 Ebenda, S. 100., Wilms führte aus: „Den großen Vorteil einer isolierten Lösung sehen manche ihrer Verfechter bei uns im Zeitfaktor. Sie glauben, eine solche Lösung lasse sich schneller erreichen, während die europäische Lösung im Dunkel der Zukunft liege, die allemal ungewiss ist. *Ungeduld ist sicher nichts Unehrenhaftes* [Hervorhebung: J. S.]. Doch mangelnde Geduld in der Politik kann ebenso wie übertriebene Furcht und falsche Hoffnung zu Fehlern verleiten. Fehler aber in der strategischen Haupt- und Grundfrage unserer Nation wären verheerend; sie wären auf Generationen hinaus nicht wieder gut zu machen. Die Existenzfrage der Nation fordert allen Verantwortlichen ein äußerstes Maß an Nüchternheit, Augenmaß und Redlichkeit ab“.
- 10 Ebenda. Wilms äußerte sich folgendermaßen über die Problemstellung der Einbindung der deutschen Frage in den Ost–West-Konflikt und die Möglichkeiten eines Auswegs: „Die Einbindung der deutschen Frage in den Ost–West-Gegensatz ist von der Machtposition und vom ideologischen Selbstverständnis der Sowjetunion vorgegeben. Diese Verknüpfung würde nur dann beseitigt, wenn sich die Interessenslage der Sowjetunion tief greifend ändern oder wenn wir Deutschen an unseren wohlverstandenen nationalen Freiheitsinteressen Abstriche vornehmen würden. Letzteres ist für die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen – das gilt für die Menschen in beiden Staaten – ausgeschlossen“.

nicht dazu bereit ist, auf ureigenste „nationale freiheitliche Interessen“ zu verzichten, was als fehlende Zustimmung für eine deutsche Einheit unter der Führung der UdSSR (z. B. eine Konföderation beider deutscher Staaten unter der Bedingung einer strikten Neutralität) interpretiert werden konnte, oder aber als Verzicht auf eine Einheit generell, dann bestand die einzige Chance in den Vorstellungen der Bundesrepublik darin, die UdSSR auf die unterschiedlichsten Weisen dazu zu bewegen, ihre „Interessenlage“ zu überdenken und folgerichtig zu ändern. Von welcher Änderung innerhalb der Interessensphären der Sowjetunion hier die Rede war, ist nicht schwer zu erraten. Es ging darum, in der UdSSR eine solche Situation zu erzeugen, in der sie anerkennen müsste, dass sich ein Beharren auf dem *status quo* in der deutschen Frage nicht mehr als lohnens- oder verteidigungswert herausstellte. Selbstverständlich stimmte die Bundesrepublik der US-amerikanischen Initiative zur Schaffung einer Friedensordnung auf der Basis einer Ausdehnung des Guts der Freiheit sowie der demokratischen Institutionen auf ganz Europa zu. Diese Zielsetzung sollte erreicht werden, um allen Menschen „auf beiden Seiten Europas“ die Möglichkeit zu geben, ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen.¹¹

Innerhalb der bundesdeutschen Sichtweise auf die Lösung der „deutschen Frage“ wurde jedoch jene „Selbstbestimmung“ als „nicht trennbar“ aufgefasst. Dies bedeutete, dass im Zusammenhang mit der vollen Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts anderer gleichermaßen erwartet wird, dass auch das eigene Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkte Akzeptanz findet. Und so wie die Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung erlangen sollten, so hatten auch die Nachbarn Deutschlands ein Recht auf die Einnahme eines Standpunktes in der Frage nach der deutschen Einheit, wobei die Bundesrepublik nicht verbarg, dass sie eine positive Stellungnahme erwarte. Ein solches Einverständnis seitens der Nachbarn bezüglich der Selbstbestimmung der Deutschen in Freiheit konnte die Bundesrepublik nur dann erwarten, wenn die Nachbarn Deutschlands in Freiheit und sicheren Grenzen leben. In der Angelegenheit der Grenzen

11 Aussage des amerikanischen Botschafters in Bonn, Burt, entnommen aus Wilms, ebenda, S. 101.

in Europa, die – wie es scheint – die Bundesrepublik im Jahre 1987 vollends akzeptierte, wurde ein aussagekräftiges Argument entwickelt, das auf den Erfahrungen der Integrationspolitik in Westeuropa fußte. Die sich in Westeuropa vertiefenden Bindungen zwischen den Staaten, die dazu dienen sollten, mittels einer ökonomischen und politischen Integration übernationale und überstaatliche Probleme zu lösen, gestatteten es gleichzeitig den Charakter der Grenzen zwischen ihnen zu ändern: die Grenzen hörten auf zu trennen. Aus dieser Erfahrung wollte auch die Bundesrepublik in der Gestaltung ihrer Deutschland- wie auch in ihrer Europapolitik Nutzen ziehen, wobei sie sich dabei auf ganz Europa bezog. Die Forderung bestand darin, dass auch im übrigen Europa die Grenzen ihren „teilenden und unmenschlichen“ Charakter verlieren sollten. Unmissverständlich betraf dies hauptsächlich die innerdeutsche Grenze, aber ebenso die übrigen Grenzen in Ostmitteleuropa.

Das Verhältnis zur DDR blieb einer der wichtigsten Bereiche in der bundesdeutschen Politik. Der Umstand, dass man die Einheit Deutschlands im Rahmen einer gesamteuropäischen „Friedensordnung“, einschließlich der europäischen Einheit erreichen wollte, führte dazu, dass man sich in der Politik gegenüber der DDR weder Illusionen noch der Versuchung jeglicher „Sonderlösungen“ hingab. Ebenso wurde nicht angenommen, dass die DDR von allein mit der Bundesrepublik über ihre Selbstauflösung verhandeln würde. Die Leitlinien des politischen Handelns gegenüber der DDR bestanden in der Forderung nach „menschlichen Erleichterungen“, in einer für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, setzte dabei jedoch voraus, dass diese Kooperation auf ostdeutscher Seite einen gewissen Druck in Richtung Reformen und politische Öffnung ausüben solle. An guten Nachbarschaftsbeziehungen und einer Normalisierung der Beziehungen zur DDR fehlte jedoch noch sehr viel. Zu den grundsätzlichen Zielen der Politik gegenüber der DDR zählte Bundesministerin Wilms folgendes: Bemühungen um Freiheit, Ausbau der bürgerlichen und anderen Freiheiten, Gewährleistung der Menschenrechte, Sicherung des Friedens und Überwinden der teilenden Grenze. Angesichts dieser Aufgaben und Herausforderungen vertrat man den Standpunkt, dass von einer Stabilisierung und von Frieden im Zentrum Europas keine Rede sein konnte. Ein Deutschland, das von „einer Grenze und einer Mauer“

geteilt ist, kann nicht stabil und friedlich sein. Die bundesdeutsche Politik, ausgerichtet darauf, dem amerikanischen Verbündeten ihre Bestrebungen nach einer deutschen Einheit verständlich darzustellen, wollte jedoch im gleichen Maße ihre Offenheit und Rationalität im Zugang zur Frage der Einheit wahren. Ohne dabei aber der historischen Entwicklungsrichtung und einer konkreten Art und Weise, die „Deutsche Frage“ zu lösen, vorzugreifen, wurde es als eine Pflicht der Deutschen empfunden, nach „Antworten zu suchen“ und „einen Weg zu unterstützen“, der diesem Ziel diene, wobei man jedoch sozusagen das Einverständnis der Verbündeten voraussetzte, selbständig die Grundsätze und Wege zur Lösung des Problems bestimmen zu dürfen. Angesichts der immer lauter werdenden Fragen und des wachsenden Interesses der Öffentlichkeit wie auch der bundesdeutschen Verbündeten bezüglich des Charakters der neuen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR, wollte die Bundesrepublik die Rolle des alleinigen Interpreten der Entwicklungen in den innerdeutschen Beziehungen für die westliche Welt spielen.

Der Bericht der Bundesregierung „zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“, vorgestellt von Bundeskanzler Kohl im Spätherbst 1987 vor dem Deutschen Bundestag und der Einschätzung des Zustands der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Besuch Honeckers in der BRD gewidmet war, enthielt zahlreiche Formulierungen und Akzente, die es in der früheren Erklärung der Regierung Kohl (vom März 1987) noch nicht gab. Gleichlautend war hingegen die Art und Weise, wie man die Zielsetzung formulierte („ein freies und vereintes Deutschland in einem freien und vereinten Europa“) und wie man sie erreichen wollte („Übergang vom Ost-West-Konflikt hin zu einer dauerhaften Friedensordnung“).¹² Zum Vorschein traten jedoch deutliche Änderungen im Tonfall: insoweit bislang die Erinnerung an den Fakt der Teilung und der Ausdruck der Hoffnung auf ihre Überwindung in einer nicht näher bestimmbareren Zukunft überwog, so traten nunmehr *Aufrufe* [J. S.] zur Lösung des Problems sowie die

12 Bundeskanzler Helmut Kohl, Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland in der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1987. In: *Materialien zu Deutschlandfragen...*, S. 25.

Festsetzung der unverrückbaren *Forderung* [J. S.] nach Freiheit und Selbstbestimmung auf, die das deutsche Volk mit den anderen Völkern Europas und Welt verbindet.¹³ Ein zeitlicher Horizont, in dem sich diese „starken Hoffnungen“ erfüllen sollten, wurde nicht bestimmt, noch immer war dies eine undurchdringbare Zukunft. Für Kohl stand jedoch fest, dass „die deutsche Frage auf die Tagesordnung der Weltpolitik zurückkehren wird“. Für ihn war dies nämlich eine offene Fragestellung, sowohl aus historischen Gründen wie auch aus rechtspolitischen. In seinem Bericht sprach er sich für Achtung der Grenzen aus, gleichzeitig jedoch äußerte er den Willen „die Teilung Deutschlands und Europas“ zu überwinden. Hinsichtlich der Art und Weise der Lösung des Problems sprach er von der Notwendigkeit, das Einverständnis aller Nachbarn zu erlangen, von einer „friedlichen Verständigung in Freiheit“. Zum ersten Mal erinnerte Kohl die westlichen Alliierten an ihre Verpflichtungen in der Fragestellung einer deutschen Einheit: so, wie sich die Bundesrepublik in den Pariser Verträgen zur Gemeinschaft des Westens bekannte, so verpflichteten sich in gleichem Maße die USA, Großbritannien und Frankreich zur Einheit Deutschlands. Am charakteristischsten tritt jedoch zu Tage, dass Kohl nicht davor zögerte, die für den Westen potentiell entstehenden Verluste aufzuzeigen, die aus einem eventuellen Verzicht der drei Siegermächte auf eine Lösung der „Deutschen Frage“ resultierten, wenn dies zur Aufgabe „anderer“, bereit, sich „dieses Themas“ anzunehmen (die UdSSR?), werden würde.¹⁴ War dies seitens des Kanzlers nur ein gewöhnlicher Versuch Druck auszuüben, oder nutzte

13 Ebenda, S. 22.

14 Vgl. hierzu die folgenden Äußerungen Kohls: „Mit den Pariser Verträgen haben wir unser Bekenntnis zur Gemeinschaft des Westens auf Dauer festgeschrieben. Umgekehrt haben sich aber die Drei Mächte, unsere wichtigsten Bündnispartner, auf das Ziel der Einheit Deutschlands in Freiheit verpflichtet. Diese wechselseitige Solidarität ist die Frucht geschichtlicher Erfahrung und eines gemeinsamen Werteverständnisses, aber auch ein Gebot wohlverstandenen Eigeninteresses aller beteiligten Partner. *Wer die deutsche Frage wie ein lästiges Problem beiseite schieben will, der muss wissen: Es stehen andere bereit, sich dieses Themas zu bemächtigen – zu Lasten westlicher Interessen, zu Lasten von Freiheit und Selbstbestimmung*“ [Hervorhebung J. S.]. Ebenda, S. 25.

Kohl nur geschickt irgendwelche aus Moskau durchdringenden Signale, um die drei Siegermächte in Bezug auf die „Deutsche Frage“ eindringlich zum Handeln zu bewegen? Wesentlich wahrscheinlicher wäre letztere Option. Bereits zu Beginn 1987 registrierte man in Bonn aufmerksam aus Moskau eintreffende Gerüchte, dass Gorbatschow eine Studie zur „Deutschen Frage“ in Auftrag gegeben hätte und dass nicht näher definierte sowjetische Angebote in Richtung einer deutschen Einheit im Bereich des Möglichen stünden. Die deutsche Öffentlichkeit wurde darüber am 24. September 1987 vom Staatsminister im Bundesinnenministerium, O. Henning, in Kenntnis gesetzt. Er kommentierte diesbezüglich die nach dem Honecker-Besuch aufkochende Gerüchteküche, die von den westdeutschen Medien in Bezug auf angebliche Angebote des Kreml zur Wiederherstellung der deutschen Einheit angeheizt wurde.¹⁵

Die in diesem Abschnitt dargelegten wichtigsten Äußerungen bundesdeutscher Politiker im Jahr 1987 bezüglich der Frage nach der deutschen Einheit und die aus ihnen resultierenden Richtlinien der bundesdeutschen Deutschlandpolitik für die kommenden Jahre zusammenfassend, kann man wagen zu behaupten, dass sie ein Zeugnis von der Wahrnehmung völlig neuer Möglichkeiten zur Gestaltung der Lösung des deutschen Problems darstellen. Daraus lässt sich ableiten, dass die Bundesrepublik: (a) vehement an die Aktualität des Themas der „Vereinigung“, insbesondere in der bewegten Zeit der politischen Umbrüche in der UdSSR erinnerte, (b) seine Bündnispartner daran erinnerte, dass sie es der Bundesrepublik schuldig sind, ihren Verpflichtungen bezüglich der „Deutschen Frage“ nachzugehen, und also in der Politik des Westens gegenüber der UdSSR einen geeigneten Zeitpunkt zu finden, um eine operationelle Phase einzuleiten, die im Einklang mit der Formel „Friedensordnung in Europa“ („Einheit Europas und Deutschlands in Freiheit“) steht, (c) ihre volle Loyalität den Bündnispartnern gegenüber unterstrich und die Möglichkeit verwarf, auf eine jegliche Versuchung seitens der UdSSR auf eine schnelle Einheit zu

15 O. Henning, Die sowjetische Reformpolitik und die Konsequenzen für die Deutschen. In: *BMB - Pressemitteilung* vom 22.09.1987. In: *Materialien zu Deutschlandfragen...*, S. 105–111.

antworten, (d) sich das Recht vorbehielt, auch weiterhin eine Deutschlandpolitik unter den oben genannten Vorzeichen zu betreiben, einschließlich der Erarbeitung eigener Vorstellungen hinsichtlich der deutschen Einheit und dem Recht, diese zum gegebenen Zeitpunkt ein- und umzusetzen.

2. Der Versuch der Einbindung der „Deutschen Frage“ in den Abrüstungsdialog der Weltmächte

Die Bewegung, die damit in die Bestrebungen zur Findung von Lösungen innerhalb der „Deutschen Frage“ geraten war, der Umstand, dass neue Akzente gesetzt wurden wie ebenso die Verschiebung der Schwerpunkte vom „Ausdruck einer Hoffnung“ hin zu „Erwartungen und Forderungen“ wurden begleitet von sorgfältigen Beobachtungen der Reaktionen der Siegermächte auf ein eventuelles Aufgreifen der Themenstellung einer deutschen Einheit im Rahmen der Einbindung dieser Frage in den Abrüstungsdialog, der zum damaligen Zeitpunkt in Genf zwischen Washington und Moskau geführt wurde. Die Bundesrepublik unternahm in diesem Zusammenhang im Jahre 1987 eine delikate Mission der Einbindung der Frage nach der deutschen Einheit in diesen Dialog um die Erhöhung der europäischen Sicherheit, eben verstanden als eine Problemstellung, die einen integralen Bestandteil europäischer Sicherheitspolitik bildet.¹⁶ Eine Erörterung dieser einmaligen Initiative seitens Westdeutschlands bedarf jedoch der Skizzierung des Kontexts dieser Abrüstungsbestrebungen zumindest in einem sehr groben Umfang.

Gegen Ende des Jahres 1986 verfügte die Bundesregierung über keinen überzeugenden Standpunkt bezüglich der Fragestellung nach den zu ergreifenden Abrüstungsmaßnahmen, was seinen Ausdruck in der unklaren Haltung fand, die sie gegenüber den zwischen der USA und der UdSSR in Genf geführten Verhandlungen im Bereich der Abrüstung ihrer

16 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, im Weiteren: FAZ vom 20.05.1987.

Mittelstreckenraketen einnahm. Außerordentlich deutlich trat diese Unbestimmtheit zu Tage, als diese Verhandlungen im Laufe des Jahres 1987 in der Fragestellung um die sog. Euroraketen in ihre heißeste Phase traten und intensiv um Ergebnisse gestritten wurde.

Nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 1987, aus denen die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP als Sieger hervorging, begann die damit einhergehende Festigung des politischen, christlich-liberalen Gewichts Einfluss zu nehmen auf eine sich immer deutlicher abzeichnende Vielfalt in den Standpunkten zur Abrüstungsfrage. Einerseits begrüßten die Koalitionspartner mit großer Zufriedenheit die von den Supermächten erklärte Bereitschaft zur Abrüstung ihrer Raketen mittlerer Reichweite, was auch in zahlreichen Auftritten zum Ausdruck gebracht wurde. Andererseits zeichneten sich alsbald innerhalb der Koalition Meinungsunterschiede in Hinsicht auf die weitere Taktik der Bundesregierung im Zusammenhang mit den seitens der USA und der UdSSR initiierten Abrüstungsmaßnahmen ab. Insoweit nämlich die Liberalen (Genscher) den Standpunkt vertraten, dass man ebenso über die sowjetische Vormachtsstellung im Bereich der Raketen kurzer Reichweite (von 500 bis 1000 km) nachdenken müsse und sofortige Verhandlungen über die Reduktion dieser Raketen befürworteten, was wiederum nach der Vertragsschließung über die Abrüstung der Mittelstreckenraketen erfolgen sollte, so offen erklärte sich das christlich-demokratische und christlich-soziale Lager nicht damit einverstanden, diese beiden Raketentypen abzurüsten, ohne gleichzeitig die sowjetische Vormachtsstellung im Bereich der konventionellen Waffen zu reduzieren. Bonn war also konzeptionell überhaupt nicht darauf vorbereitet, dass es eine doppelte Nulllösung geben könne, wie sie ja Gorbatschow im Frühjahr 1987 in Aussicht stellte und die schließlich einen positiven Widerhall auf amerikanischer Seite fand. Der von sowjetischer Seite unterbreitete Vorschlag zur Liquidierung des gesamten Bestands an Kurzstreckenraketen, unterstützt von der Friedensbewegung und mit großer Zufriedenheit von der SPD begrüßt, seitens der Bundesregierung jedoch deutlich negiert, gab Anlass zu einer tiefen und langanhaltenden Krise (sie dauerte mithin bis zum Herbst 1987 an) bezüglich dieser Abrüstungsfragen sowohl in der Bundesrepublik selbst als auch auf internationaler Ebene, was sich schließlich in den negativen Reaktionen der NATO-Staaten sowie der übrigen

europäischen Länder, vor allem aber seitens der beiden verhandelnden Supermächte, auf diese Haltung der Bundesrepublik widerspiegelte.

Der eigentliche Grund dieser Krise bestand darin, dass Bonn ausdrücklich abgeneigt war, auch die zwar mit amerikanischen Sprengköpfen ausgerüsteten, jedoch westdeutschen Kurzstreckenraketen vom Typ Pershing I A „bis zum Nullzustand“ zu reduzieren. Die Bundesrepublik ging diesbezüglich von der Annahme aus, dass die von sowjetischer Seite in Genf vorgetragenen Abrüstungsvorschläge lediglich die amerikanischen und sowjetischen Kurzstreckenraketen betrafen. Die Sowjetunion hingegen rechnete die westdeutschen Pershing I A-Raketen dem US-amerikanischen Nuklearpotential hinzu und wurde demnach von der Abrüstungsvereinbarung umfasst. Dieser Konflikt um die mit amerikanischen Sprengköpfen ausgestatteten westdeutschen Raketen dauerte vom Spätfrühling 1987 den gesamten Sommer über an und führte zu einer Abschwächung des Tempos in den Genfer Verhandlungen sowie zu Mutmaßungen und Verdächtigungen, dass das fehlende Einverständnis der Bundesrepublik hinsichtlich dessen, dass auch diese Raketen abgerüstet werden sollen, einen Versuch darstellte, Druck auf die verhandelnden Parteien auszuüben, um sich *de facto* als dritter Verhandlungspartner zu etablieren, und dies mit der Zielsetzung, politische Zugeständnisse zu erreichen. Die ersten inoffiziellen Reaktionen seitens des westdeutschen Regierungslagers auf die sowjetischen Vorschläge offenbarten die sich vertiefende Polarisierung der in dieser Frage vertretenen Ansichten und Meinungen. Strauß vertrat bspw. die Ansicht, dass die Abrüstungsvorschläge der UdSSR „eindeutig in sowjetischem Interesse liegen und die deutschen Interessen berühren“.¹⁷ Ein anderer Politiker, Volker Rühle von der CDU, vertrat die Meinung, dass eine Lösung innerhalb der Fragestellung nach der Abrüstung der Kurzstreckenraketen unbedingt die Unantastbarkeit der westdeutschen Sicherheitsinteressen berücksichtigen muss, wobei er auf die Notwendigkeit der „Schaffung einer konventionellen Stabilität“ und die „Liquidierung der chemischen Waffen“ verwies.¹⁸

17 BS PAP Nr. 12326, 11.05.1987, S. 2.

18 Ebenda.

Noch deutlicher stellte Kanzler Helmut Kohl diesen Aspekt des in der Bundesrepublik geführten Streits um die Reduzierung der Kurzstreckenraketen in der ersten offiziellen Erklärung der Bundesregierung bezüglich dieses sowjetischen Vorschlags heraus. Kohl legte die aus bundesdeutscher Sichtweise zu vermutenden Ergebnisse einer doppelten Nulllösung dar: das Territorium der beiden deutschen Staaten würde sich im Bereich sowohl der sowjetischen, wie auch der amerikanischen Kurzstreckenraketen befinden, was wiederum bedeutete, dass sich die Kampfhandlungen im Falle eines Konfliktes ausschließlich auf deutsches Territorium begrenzen.¹⁹ Um ein solches Ergebnis der Abrüstungskonzepte der beiden Supermächte zu vermeiden, schlug Kanzler Kohl vor, in den geführten Diskussionen notwendiger Weise auch über eine „dritte Null“ zu verhandeln, die eine Abrüstung der Raketen mit einer Reichweite zwischen 0 und 500 km vorsehen würde. Damit drängte er den Verhandlungspartnern in Genf ein neues, von beiden Partnern bis zu diesem Zeitpunkt nicht aufgeworfenes Thema auf. Kohl forderte, dass die Verhandlungen nicht über einzelne Bereiche geführt würden, sondern ganzheitlich alle Waffen sämtlicher Reichweiten und Typen umfassten. Dies bedeutete wiederum, dass die Bundesrepublik dem zwischen der USA und der Sowjetunion geführten Dialog das Thema der Sicherheit des deutschen Territoriums aufdrängte.

Die Vermutung, dass das Nein der Bundesrepublik einzig taktischen Charakter trug, fand insoweit fast postwendend mittelbar Bestätigung. Zwei Tage nach Kohls Regierungserklärung, und somit in einem engen zeitlichen Zusammenhang stehend, kam aus den Reihen der CDU/CSU ein Vorschlag, der Licht auf die mutmaßlichen Ursachen der deutschen Haltung warf. Ein CDU-Abgeordneter, Bernhard Friedmann, unterbreitete in aller Öffentlichkeit den auf Antrag des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Dregger, erarbeiteten Vorschlag, in die Genfer Verhandlungen die Frage nach der deutschen Einheit aufzunehmen. In diesem Dokument behauptete Friedmann, dass „die Einheit Deutschlands, verstanden als Sicherheitskonzeption, die logische Konsequenz der durch die Abrüstungsdebatte eingeleiteten Anstrengungen, eine Erhöhung der Sicherheit

19 Erklärung Kohls nach *BS PAP* Nr. 12331, 18.05.1987, S. 3.

zu gewährleisten, darstellt“.²⁰ Die Offenlegung eines solchen Gedankengangs zu einem Zeitpunkt, an dem auf die sowjetischen Vorschläge faktisch mit „Nein“ geantwortet worden war, stellt einen eindeutigen Beweis für die These dar, dass man möglicherweise seitens der Bundesrepublik noch immer auf diesen günstigen Moment wartete und eine Art und Weise suchte, wie man aus der Position eines erstrangigen Partners in der amerikanischen Europapolitik heraus die Vereinigten Staaten dazu bewegen könnte, in den Kontakten mit der UdSSR das Thema der deutschen Einheit aufzugreifen. Der aus der Notwendigkeit der Erhöhung der Sicherheit in Europa heraus geführte Abrüstungsdialog zwischen den Supermächten und die sich abzeichnende Notwendigkeit, auf einen eigenen Bestand an Raketen zu verzichten, wurde in der Bundesrepublik als eben jener günstige Moment aufgefasst, die Fragestellung nach der deutschen Einheit unter dem „Deckmantel“ eines zu berücksichtigenden Sicherheitsfaktors aufzuwerfen, und diesen insoweit als komplementär zur Reduktion der Nuklearwaffen bzw. kompletten nuklearen Abrüstung zu definieren.²¹ An Friedmanns These über die Komplementarität der Problemstellungen um die deutsche Einheit und dem Aspekt der Sicherheit knüpfte offiziell nur einen Monat später Kohl selbst an. Der Kanzler erklärte am 25.06.1987, dass „der erste Prüfstein der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Führung die Antwort des Kremls auf die komplexe Abrüstungskonzeption der NATO ist, einschließlich der Nulllösungen für die Mittelstreckenraketen. Jedoch muss Moskau ebenso dazu bereit sein, *auf dem Wege konkreter politischer Schritte Eingangsbedingungen zur Überwindung der Teilung Europas* (Hervorhebung, J. S.) und dadurch zur Aufhebung einer der Grundursachen der Spannungen zwischen Ost und West zu schaffen“.²² Seitens der Supermächte

20 Das Friedmann-Dokument besprach die *FAZ* vom 20.05.1987. Vgl. des weiteren: Bernhard Friedmann, *Einheit statt Raketen. Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept*, Herford 1988.

21 Friedmann schrieb in diesem Dokument von der Notwendigkeit, dass die USA die Frage nach der deutschen Einheit in die Genfer Verhandlungen miteinbeziehen mögen und dieses Thema auf dem baldigen Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow aufgreifen sollten. *FAZ* vom 20.05.1987.

22 Siehe *BS PAP* Nr. 12359 vom 26.06.1987, S. 8.